

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) St. Johannes-Park und Oeversee-Park

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt folgende Anfrage:

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht in meiner Anfrage um die beiden Parks, einer ist schon angesprochen worden im 5. Bezirk – Gries, nämlich um den St.-Johannes-Park oder Kantpark und den Oeversseepark. Der St.-Johannes-Park oder Kantpark, wie er auch genannt wird, und der Oeverseepark im 5. Bezirk - Gries erfüllen die Aufgabe, einerseits als Naherholungsbereiche, auch das ist heute schon angesprochen worden, für die Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen und aller Gruppen, die sich dort eben befinden, zu dienen und andererseits als „grüne Lungen“ für unseren Bezirk, aber auch für die ganze Stadt zu fungieren.

Die gute Ausstattung bislang zumindest beider Grünräume bieten allen Generationen hervorragende Ruhe-, Unterhaltungs-, Bewegungs-, Spiel- und Kommunikationsmöglichkeiten, wobei auch, und das sei hier auch erwähnt, den Vierbeinern durch getrennt ausgewiesene Hundewiesen genügend Platz eingeräumt wird.

Beide Parkanlagen befinden sich jedoch nicht im Eigentum der Stadt Graz und müssen als jährliche Pacht, größenordnungsmäßig jeweils mehr als € 100.000.--, aufgewendet werden.

Das letzte Treffen der Bürgerinitiative St.-Johannes-Park hat am 9.11.2004 stattgefunden, wobei seitens des Stadtrates Dr. Riedler verschiedene Varianten zur Weiterführung dieser Grünanlagen in Aussicht gestellt wurden.

Daher richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, dich dafür einzusetzen, dass die Weitererhaltung beider Parks zum Wohl der Bevölkerung, insbesondere im 5. Bezirk, sichergestellt werden kann?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ich werde diese Frage nicht geschäftsordnungsgemäß beantworten und sage jetzt bewusst zwei, drei Sätze, weil der Herr Stadtrat Riedler kann jetzt gleich Auskunft geben, weil wir bei den Verhandlungen schon sehr weit sind.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Danke, Herr Bürgermeister! Ich darf mitteilen, was ja ohnehin auch Gegenstand einer der nächsten Gemeinderatssitzungen gewesen wäre, dass wir bei den Verhandlungen soweit gekommen sind, dass die Erhaltung der Parks sichergestellt ist. Wir werden in jedem Fall beim Oeverseepark, nachdem die Eigentümer einen Verkauf nicht anstreben, eine Verlängerung der Pacht erreicht haben, ich bin sehr stolz und sehr froh darüber, darf mich bei der Frau Peer dafür bedanken, dass es ihr gelungen ist, dieses Ergebnis zu erzielen. Im zweiten Fall geht es noch um eine Denkvariante eines möglichen Grundstückstausches, natürlich möglichst wertgleichen Grundstückstausches, es wird sehr, sehr schwierig, weil die Vorstellungen der Eigentümer jedenfalls in lichten Höhen sich bewegen, die aus unserer Sicht nicht ganz rechtfertigbar sind; wir werden daher, falls wir nicht zu einer Einigung in nächster Zeit kommen, doch eine Verlängerung der Pacht wieder abschließen und ich kann damit sagen, dass es uns tatsächlich gelungen ist, diese öffentlichen Parkflächen zu erhalten (*Applaus SPÖ*).

2) Mountainbike Strecke Buchkogel

GRin. **Kummer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Kummer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Am 21. August 2005 findet in Graz die 1. UEC Mountainbike Marathon Masters Europameisterschaft im Rahmen des Grazer Bike-Marathon Stattegg statt.

Die Masters EM gilt in Bikerkreisen europaweit als Pflichttermin für die über 30-jährigen „Mountain Masters of Europe“, was in erster Linie auf die hervorragende Organisation des Bikeklubs Stattegg zurückzuführen ist, der auch schon für die Austragung früherer Europameisterschaften und World Series verantwortlich zeichnete, und nun mit einem 3-Jahres-Vertrag für die Masters EM 2005, 2006 und 2007 belohnt wurde.

Natürlich sollen die Routen rund um Graz nicht nur für Rennen wie „Bike Marathon Stattegg“, „Trek Mountainbike Challenge“, „Coca Cola Junior Challenge“ verwendet werden, die Grazer Bergland Tour, das ist ein über 500 Kilometer umfassendes und beschildertes Mountainbike- und Trekking-Wegenetz, inklusive zwei Etappen der Alpentour Steiermark, soll vor allem auch Hobby-Bikern und Graz-Touristen ganzjährig verwendet werden können.

Zu den komplexesten Aufgabenstellungen im Rahmen der Organisation des Bike-Sportes zählt die Streckenfindung. Nicht nur die Einhaltung der offiziellen sportlichen Richtlinien der UEC muss gewährleistet werden, auch zahlreiche Übereinkünfte mit Grundeigentümern und Forstbesitzern müssen getroffen, Bedingungen und Einschränkungen müssen vertraglich festgehalten werden.

Doch selbst zähestes Ringen mit Privateigentümern blieb letztendlich von Erfolg gekrönt, auch das Bundesheer hat die Miteinbeziehung seines Übungsgeländes bekräftigt.

Nur die letzte Teilstrecke am Buchkogel, zwischen Johann und Paul und Gasthof Orthacker, kann noch immer nicht beschildert und somit offiziell befahren werden, weil sie sich im Eigentum der Stadt Graz befindet, in deren zuständiger Abteilung

Liegenschaftsverkehr die Verträge mit dem Bikerklub Stattegg seit Ende 2004 kommentarlos „auf Eis liegen“.

Trotz mehrfacher Urgenzen des Bikeklub Obmannes konnte keine Bewegung in diese Angelegenheit gebracht werden, was nun bedeutet:

- > Die Beschilderung kann nicht ordnungsgemäß angebracht werden,
- > die Biker sind gezwungen, diese Teilstrecke ohne Genehmigung der Liegenschaftseigentümerin und somit illegal zu befahren, wobei das Sportamt der Stadt Graz dieses Ereignis selbstverständlich subventioniert.
- > Der Versicherungsschutz im Schadensfall ist offiziell nicht gewährleistet.

Daher richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, dich mit dem zuständigen Liegenschaftsreferenten, Herrn Stadtrat Riedler, dahingehend ins Einvernehmen zu setzen, damit die sofortige Behandlung dieser Vertragsabschlüsse in die Wege geleitet werden und damit am 21. August 2005 der Bike-Marathon Stattegg ohne Hindernisse stattfinden kann?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Frau Gemeinderätin, bin gerne bereit, Wolfgang Riedler und ichverhandeln jetzt sowieso in so vielen Dingen fast Tag und Nacht durch, wenn ich an die letzten Stunden und Tage denke, werden wir ein Thema mehr aus dem Weg räumen. Ich werde mich mit ihm in Verbindung setzen und dann werden wir das zusammenbringen (*Applaus ÖVP*).

3) SeniorInnenhandbuch der Stadt Graz

GRin. **Gesek** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Gesek**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!
Die bisher erschienenen SeniorInnenhandbücher der Stadt Graz haben jeweils ein Vorwort des zuständigen Stadtsenatsreferenten und des Bürgermeisters der Stadt Graz beinhaltet.

Das SeniorInnenhandbuch der Stadt Graz für das Jahr 2005 weist ein Vorwort der zuständigen Stadtsenatsreferentin und des Landeshauptmannstellvertreters Dr. Franz Voves auf, mit einem ganz klein gedruckten Vermerk „bezahlte Anzeige“. Man müsste meinen, wenn es sich um eine bezahlte Anzeige handelt, dass diese bezahlte Anzeige wohl nicht als Vorwort im SeniorInnenhandbuch der Stadt Graz aufscheint, sondern als Inserat, wie viele andere bezahlte Inserate auch. Es handelt sich ja nicht um eine parteipolitische Broschüre der sozialdemokratischen Fraktion, sondern um eine Informationsbroschüre der Stadt Graz für Seniorinnen und Senioren, in der parteipolitische Inhalte nichts verloren haben. Dass dies eine Abweichung von allen bisher erschienenen Seniorenhandbüchern ist, brauche ich ja wohl nicht extra zu erwähnen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs gemäß § 16 Geschäftsordnung, die

A n f r a g e:

Wie ist es dazu gekommen,

1. dass von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves eine „bezahlte Anzeige“ als Vorwort eingeschaltet wurde; und
2. ob Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zu einem Vorwort eingeladen waren?

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wie ist es (weitere Wortmeldung unverständlich).

GRin. **Gesek**: Sie öffnen die Garage Fachhochschule, das wäre weit vernünftiger.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Soweit ich weiß, bin ich leider nicht eingeladen worden, beim Seniorenhandbuch der Stadt Graz ein Vorwort zu schreiben, aber wir werden uns kundig machen, ob die Frau Landeshauptmann eingeladen worden ist.

4) Parkende Autobusse entlang des Burgrings

GRin. Dr. **Leb** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Leb**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Hier handelt es sich um die parkenden Autobusse entlang des Burgrings. Der Burgring, ab 1860 angelegt, markiert den Verlauf der ehemaligen Dietrichbastei. Im Dehio Graz als „imposante, städtebaulich einheitliche Fassadenzeile, die ein künstlerisch bedeutendes Ensemble ist, nach Plänen von Joseph Mixner erbaut“ beschrieben. Davor auf der Wiese befindet sich das Grazer Künstlerhaus, das uns allen bekannt ist. Dieses Ensemble markiert den Eingang zur Burg und zu unserer überall zurecht gepriesenen Stadtkrone.

Das alles wird im Sommer von den dort den ganzen Tag parkenden Touristenbussen verdeckt. So willkommen uns in Graz die Besucher unserer schönen Stadt sind, so störend ist es, dass die stundenlang wartenden Busse mitten im Stadtpark entlang des Burgrings, manchmal bis hinunter zur Oper, abgestellt werden.

Daher richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, dich dafür einzusetzen, dass ein Ausweichparkplatz für die Touristenbusse an einem besser geeigneten Ort zur Verfügung gestellt wird.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: meine Damen und Herren, ich habe Ihnen versprochen, auch zwischendurch Ihnen zu sagen, was in London alles passiert ist. Der derzeitige Stand sind zehn Tote, bis zu 50 Tote werden vermutet, 90 Verletzte, es gab einen Selbstmordattentäter, die anderen Bomben wurden wahrscheinlich gelegt. Dschihad, Heiliger Krieg ist das Bekenntnis dazu, also es handelt sich leider um einen Terroranschlag mit schlimmen Folgen.

5) Zum Umweltengagement ermutigen

GRin. Mag. **Fluch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fluch**: Es ist ein schwieriger Übergang, aber ich denke, es betrifft unsere Arbeit als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Mein erster Antrag bezieht sich auf das Thema Wasser, das glücklicherweise als wertvolle Ressource immer klarer ins Bewusstsein der Menschen tritt. Es hat Bachenqueten gegeben, es hat auch eine Teichenquete gegeben und dabei wurden die wichtigsten Handlungsfelder für die

Politik benannt und die bei diesen Enqueten geforderten Maßnahmen werden jetzt schrittweise umgesetzt.

Neben dem Handeln der Stadt ist aber privates Umweltengagement besonders wichtig und ich meine, es sollte von uns nach Möglichkeit unterstützt und ermutigt werden.

In verschiedenen Grazer Stadtbezirken finden schon heute Bachbettsäuberungen statt und gerade der Sommer und Herbst bieten sich dafür auch an. Bei größeren Aktionen, wie zum Beispiel bei der Murufersäuberung, sind die Wirtschaftsbetriebe, aber auch die Feuerwehr mit eingebunden, und der Abtransport des Unrats und Gerümpels ist damit sichergestellt. Für kleinere Aktionen in den Bezirken stellt aber gerade die Logistik des Sammelns und des Abtransportierens oft eine gewisse Hürde dar.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e,

ob daran gedacht werden könnte, auch kleinere Bachbettsäuberungen seitens der Stadt aktiv zu unterstützen, indem bei der Sammlung und dem Abtransport von Müll und Gerümpel aktiv eine entsprechende Unterstützung der zuständigen Stellen der Stadt angeboten und diese auch entsprechend beworben wird. (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Flächensicherung für Hochwasserschutz

GRin. Mag. **Fluch** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag. **Fluch**: Die zweite Anfrage, wieder Wasser, diesmal ohne Wasserglas, aber doch in einer etwas negativeren Ausformung. Bekanntlich wissen wir, dass im Bezirk Andritz beziehungsweise im Norden von Graz viele Bereiche bei extremen Hochwassersituationen sehr gefährdet sind. Daher wurde bereits Mitte der 90-er-Jahre wurden diverse Areale aufgekauft von der Stadt Graz, um auf diesen Arealen Rückhaltebecken für den Hochwasserfall zu errichten. Ein Beispiel ist eine Fläche, die gar nicht in der Stadt Graz liegt, sondern in der Gemeinde Weinitzen, die damals zum Schutz vor dem Hochwasser führenden Schöckelbach angekauft wurde.

Rückhaltebecken bedingen umfangreiche Baumaßnahmen und da gibt es durchaus auch oft Proteste der Bevölkerung. Manche dieser Flächen dürften sich in der Zwischenzeit auch nicht als optimal geeignet erwiesen haben. Faktum ist jedenfalls, dass sehr viele dieser fast vor zehn Jahren angekauften Flächen bislang nicht für Hochwasserschutzbauten genutzt wurden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e,

- wie viele und welche Flächen im Norden von Graz aus Hochwasserschutzgründen aufgekauft wurden,
- für welche dieser Flächen welche Maßnahmen angedacht sind,
- welche vertraglichen Vereinbarungen für den Fall getroffen wurden, dass die Flächen nicht innerhalb einer gewissen Frist für den Hochwasserschutz genutzt werden
- und was ganz allgemein der aktuelle Planungsstand der Hochwasserschutzmaßnahmen in Andritz ist (*Applaus ÖVP*)?

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Wenn Lebensanfang und –ende zusammenfallen – würdevolle Bestattung von tot geborenen Kindern

GRin. **Potzinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren! Wir haben heute zu Beginn der Sitzung vom dramatischen Sterben in London gehört. In meiner Anfrage geht es um das leise Sterben, sehr kleiner Menschen, es geht um ungeborene, fehlgeborene Kinder und eine würdevolle Bestattungsmöglichkeit für diese Kinder. Ich ersuche daher auch um die dem Anlass entsprechende Aufmerksamkeit. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Wenn Lebensanfang und Lebensende zusammenfallen, die würdevolle Bestattung von tot geborenen Kindern ist uns ein großes Anliegen. Die im Rahmen der steirischen Hospizarbeit tätige Plattform "Wenn Lebensanfang und -ende zusammenfallen" hat angeregt, in der Steiermark würdevolle Bestattungsmöglichkeiten für tot geborene Kinder zu schaffen, ohne jene Eltern zu belasten, die sich eine Einzelbestattung nicht leisten können. Die landesgesetzlichen Bestimmungen eröffnen die Möglichkeit, fehl- oder tot geborene Kinder in einem Sammelgrab zu bestatten. Bisher ist jedoch noch keine Umsetzung dieser Bestimmung in der Praxis erfolgt.

Als Oberhaupt der Menschenrechtsstadt Graz hast du, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dankenswerterweise bereits erwirkt, dass die Bestattung Graz einen Vorschlag erarbeitet hat, am Urnenfriedhof eine Gedenk- und Grabstätte für ein Sammelgrab einzurichten und die Kosten dafür zu übernehmen. Dieser erste wichtige Schritt gibt allen leidgeprüften Eltern Hoffnung auf einen würdevollen Abschied und einen Ort des Gedenkens und der Trauerbewältigung.

Die Übernahme der finanziellen Aufwendungen für Überführung, Kremation und Bestattung der Babys sowie periodisch abzuhaltende ökumenische und konfessionsübergreifende Gedenkfeiern sind noch abzuklären.

Daher richte ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e

wie weit die Vorbereitungen für die Errichtung einer Gedenkstätte für Menschen, deren Lebensanfang und -ende zusammenfallen und für die würdevolle Bestattung fehl- und totgeborener Kinder in Graz gediehen sind (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, Frau Gemeinderätin, selbstverständlich werde ich sofort berichten, wenn wir mit diesem Projekt weitergekommen sind. Danke vielmals für diese Anfrage.

8) Preispolitik bei den Grazer Freizeitbetrieben

GRin. **Kahr** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Kahr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Die Preispolitik bei den Grazer Stadtwerken durch ihre Freizeitbetriebe führt mittlerweile dazu, dass für viele Familien mit Kindern ein Badetag in unseren städtischen Schwimmbädern schon bald zum Luxus wird. Die Eintrittspreise für Kinder, Jugendliche und Erwachsene liegen über jenen in anderen Landeshauptstädten. Auch die Familienkarten stellen keine wirkliche Vergünstigung dar. Vor allem zu kritisieren ist, dass das Tarifsystem keinen Unterschied zwischen Kindern und Jugendlichen kennt und sogar Kleinkinder bis 6 Jahre Eintritt zahlen müssen. Gratis kommen Kinder unter 6 Jahren nur hinein, wenn sie nicht länger als 2 Stunden bleiben. Neben den hohen Eintrittspreisen fallen auch Nebenkosten für ein Kästchen oder Preise für Erfrischungen ins Gewicht.

Auf Unverständnis ist aber auch die Errichtung des kostenpflichtigen Beachvolleyballplatzes im Margarethenbad gestoßen. So hat man dort mitten in der Saison den Kindern den bisher frei zu benützenden Spielplatz weggenommen. Das Margarethenbad ist aber sehr klein und bietet nur diese eine Spielfläche an. Die

Preisgestaltung für die Benützung beträgt für den kleinen Platz für eine halbe Stunde vier Euro und nach 16.00 Uhr fünf Euro. Der große Platz kommt für eine halbe Stunde Benützung auf neun Euro und nach 16.00 Uhr auf zehn Euro.

Nicht nur, dass den Kindern jetzt eine freie Spielfläche weggenommen wurde, stellt die derzeitige Preisgestaltung für die Benützung des Beachvolleyballplatzes für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien eine fast unüberbrückbare Hürde dar.

Für Familien mit Kindern und für Jugendliche, die über die Sommermonate nicht das Glück haben, sich einen Urlaub zu leisten, stellen die Grazer Schwimmbäder aber das einzige Angebot für einen Badespaß dar. Bei der derzeit geltenden Preispolitik nimmt man ihnen damit aber auch diese Möglichkeit.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

1.: Sind Sie bereit, sich bei den Grazer Stadtwerken für eine Senkung der Eintrittspreise in den städtischen Schwimmbädern einzusetzen?

2.: Sind Sie bereit, dafür einzutreten, dass ein Großteil des Spielplatzes im Margarethenbad den Badegästen wieder gratis als Grünfläche zur Verfügung gestellt wird? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, ich darf vielleicht schnell eine Botschaft von Dr. Michael Krainer, dem Geschäftsführer der Freizeitbetriebe, hier kundtun. Mit Beginn der Sommersaison 2005 haben wir dem Trend und der Nachfrage folgend aus wirtschaftlichen Überlegungen neue und zusätzliche Gäste, bessere Auslastung, Deckungsbeitrag gemeinsam mit dem steirischen Beachsoccer und Foodvolleyverband, vertreten durch Mag. Breisach als Betreiber, eine

Beachsocceranlage im Margarethenbad in Betrieb genommen, die erste Sportfläche dieser Art in Graz. Der ursprünglich Funcoart wurde dadurch aufgelassen, jedoch gleichzeitig eine gratis zu bespielende Fußballfläche in der Größe des ehemaligen Funcoarts mit Toren eingerichtet. Die Beachsocceranlage stellt auch für das Margarethenbad eine Erweiterung und qualitative Anhebung des Angebotes dar. Allen Saisonkartenbesitzern bieten wir in dieser Saison die Benutzung des Beachsoccerplatzes im Rahmen des Reservierungssystems auch gratis an. Durch die Erweiterung des Angebotes stehen unseren Gästen neben dem neu geschaffenen Platz für Fußball, ich kenne ihn noch nicht, aber ich muss ihn mir anschauen, zusätzliche Sandflächen für Beachsoccer, Footvolley, Beachvolley und Beachtennis zur Verfügung. Die Flächen werden schon in den ersten zwei Wochen vor allem auch von unseren Stammgästen hervorragend angenommen. Aber ich werde noch einmal einladen, damit wir uns darüber unterhalten, sowohl was die Preise mit den Kindern anbelangt, Kurt Hohensinner ist ja auch schon einmal da tätig geworden, als auch, was diese Fußball- und Spielmöglichkeit der Kinder gratis dort angeht. Also es wird Gespräche geben, das verspreche ich dir.

9) Personalaufstockung zur Umsetzung der Veranstaltungsrichtlinien

GRin. **Jahn** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Jahn**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, es geht wieder einmal um die Veranstaltungsrichtlinien. Wie Sie ja sicherlich wissen, gibt es ja schon seit längerem jetzt eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Evaluierung der Veranstaltungsrichtlinien auseinandersetzt und ein wesentlicher Punkt, der in der Diskussion immer wieder aufgekommen ist, ist einfach die Tatsache, dass es zwar Kontrollen gibt, aber die leider nur teilweise durchgeführt werden können, also Lärmkontrollen, weil einfach das Personal zu knapp bemessen ist in diesem Bereich. Und selbst wenn es Kontrollen gibt, das ist ja der nächste Punkt, werden dann die dementsprechenden zustande kommenden Strafen nicht einkassiert, weil man da eben im Sinne der Gleichbehandlung ja nicht die einen bestrafen kann und das Geld einheben kann,

wenn man die anderen gleichzeitig nicht kontrolliert hat und dort nichts vorgekommen ist. Was uns sehr, sehr eigenartig vorkommt, weil, ich denke, wenn ich in eine Polizeikontrolle komme und erwischt werde, kann ich mich auch nicht auf den Gleichheitsgrundsatz berufen, nur weil andere nicht kontrolliert werden, dass ich dafür dann auch nichts zu bezahlen hätte. Die einhellige Meinung im Arbeitskreis war, dass solche Dinge in Zukunft nicht mehr vorkommen, damit es wirklich regelmäßige Kontrollen gibt und damit auch die Strafen eingehoben werden können letztlich, dass es in dem Bereich eindeutig mehr Personal bedarf. Es war dann auch die Bitte des Arbeitskreises an die zuständigen Stellen, an Sie als zuständigen Personalreferenten heranzutreten, um für eine entsprechende Aufstockung des Personals in diesem Bereich zu sorgen. Bis jetzt sind aber noch keine näheren Informationen, wie es da weitergehen soll, etwaige Lösungsansätze von Ihrer Seite, zu gekommen, deswegen auch unsere

A n f r a g e

an Sie:

Werden Sie sich für eine Aufstockung des Personals im Bereich Umweltamt und Stadtbaudirektion einsetzen, um eine Umsetzung der Richtlinien tatsächlich zu ermöglichen und wann kann die damit befasste Arbeitsgruppe mit ersten positiven Rückmeldungen zur weiteren Vorgehensweise diesbezüglich rechnen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals für dieses sehr, sehr wichtige Thema. Ich glaube, dass wir gerade im Bereich des Lärms, aber auch in anderen Bereichen verstärkt den Vollzug brauchen, da bin ich ganz bei Ihnen. Wir werden versuchen, zu mehr Personal zu kommen, allerdings muss das durch interne Umschichtungen passieren. Ich versuche momentan auch aus Spargründen möglichst einen Aufnahmestopp auch letztendlich da durchzuziehen im Magistrat. Ist ja nicht leicht, weil ja so viele unterschiedliche Dienstleistungen von Seiten der Stadt erbracht werden. Aber ich nehme den Wunsch der Arbeitsgruppe durchaus ernst und hoffe, dass wir da auch einen Schritt weiterkommen.

10) Beziehung des MigrantInnenbeirat

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Juni hat sich der Arbeitskreis Sicherheit wieder zusammengesetzt und da ging es um das Thema „Arbeitsstrich in der Friedhofgasse“, ich übernehme das aus einer Headline von einer Zeitung, und im Statut der Landeshauptstadt Graz ist eindeutig festgehalten, ich zitiere: „Die Gemeinde hat den Ausländerbeirat über alle Angelegenheiten zu informieren, deren Kenntnis zur Erledigung seiner Arbeit erforderlich ist“, und ich zitiere weiter aus der Geschäftsordnung des AusländerInnenbeirates, beschlossen im Gemeinderat am 8. Mai 2003: „Der Ausländerbeirat hat das Recht, rechtzeitig in die Planung von Initiativen und Projekten, die ausländische MitbürgerInnen im besonderen Maße berühren, durch die Stadtverwaltung beratend einbezogen zu werden.“ Nun war aber bei diesem Arbeitskreis, wurde weder ein Vertreter/eine Vertreterin des AusländerInnenbeirates eingeladen, noch wurden sie informiert. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Welche Überlegungen waren für Sie ausschlaggebend, dass Sie beim AK Sicherheit zum Thema „Arbeitsstrich in der Friedhofgasse“ den MigrantInnenbeirat weder informiert, noch beratend miteinbezogen haben, obwohl Sie dazu nach dem Statut der Landeshauptstadt Graz verpflichtet wären?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also erstens einmal, ich freue mich, wenn sie mitarbeiten, mich hätte es auch gefreut, wenn es ein Thema des MigrantInnenbeirates von Haus aus gewesen ist, weil es handelt sich beim Arbeitsstrich in erster Linie um Menschen, die vom Ausland zu uns kommen. Es war anscheinend seit Jahren dem MigrantInnenbeirat nicht wert, über dieses Thema nachzudenken, soweit ich mich erinnern kann, sind sie auch nie mit diesem Problem an mich herangetreten. Ich habe einmal versucht, all jene Stellen einzuladen, die zuständig gewesen wären,

Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, AMS, Polizei, alle die für den Vollzug auch zuständig wären, dass wir einen solchen Arbeiterstrich in Graz nicht brauchen. Ich erinnere wieder daran, es geht um Menschen, die um sehr, sehr wenig Geld dann zu Arbeitsleistungen herangezogen werden und das noch dazu gesetzeswidrig. Ich lade gerne auch den MigrantInnenbeirat zu solchen Gesprächen ein, mich hat es nur gewundert, es ist niemand anderer dieses Thema angegangen und ich glaube, dass es gar keine schlechten Lösungsansätze jetzt gibt und werde auch gerne den MigrantInnenbeirat das nächste Mal zu einem solchen Gespräche dazuholen.

GRin. **Edlinger**: Sie haben gesagt, Sie laden den Migranten-, MigrantInnenbeirat gerne dazu ein, mich würde nur interessieren, war er eingeladen zu dieser Besprechung und zweitens würde mich noch interessieren, Sie haben zwar darauf hingewiesen, dass die Betroffenen hier um wenig Geld arbeiten, wer Ihrer Meinung nach von dem so genannten Arbeitsstrich profitiert?

Bgm. Mag. **Nagl**: Das habe ich eigentlich auch schon in den Wortmeldungen zuvor deutlich gesagt, ich wiederhole es hier ganz gern, da handelt es sich um Menschen, die sowohl im privaten Bereich, aber auch im Wirtschaftsbereich hier Menschen ausnutzen und ich bin einfach dagegen, dass wir einen gesetzeswidrigen Zustand in der Stadt einfach tolerieren, er kommt immer wieder in den Medien vor. Es waren Riesenthemen, wir haben schon öfter diskutiert und die Verantwortlichen haben sich nie an einen Tisch gesetzt, wir haben es ja auch bei diesem Gespräch bemerkt. Ob jetzt der MigrantInnenbeirat eingeladen war, weiß ich jetzt nicht auswendig, ich glaube nicht, das kann man aber gerne nachholen, falls es wieder eine Besprechung geben sollte. Ich habe einfach nur gedacht, es ist einmal an der Zeit, alle Menschen, die da Verantwortung tragen, an den Tisch zu bitten und zu sagen, wie können wir denn diese Problematik lösen und wie gesagt, lade gerne auch zu den nächsten Gesprächen, wenn da welche folgen, wieder auch den MigrantInnenbeirat ein.

11) Sicherheit im Stadtpark

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgenden Antrag:

Dr. **Sickl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Leider muss ich wieder einmal das Thema Stadtpark aufs Tapet bringen. Es ist viel diskutiert worden, die Situation hat sich überhaupt nicht verändert, im Gegenteil, es wird immer schlimmer, es wird offensichtlich dort gedealt, es schaut aus, eine Lärmbelästigung geht davon aus und das ist auch der Grund meiner heutigen Anfrage.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Drogenhandel im Stadtpark ist nur ein Problembereich, weitere Unsicherheitsfaktoren stellen der Vandalismus, Alkoholexzesse, Taschendiebstähle, sexuelle Belästigungen, Raufereien und Körperverletzungen dar.

Vor einiger Zeit wurde, da sich immer wieder besorgte und verängstigte Bürger an die Medien, die Stadtverwaltung und die Politik wenden, nicht nur in den Medien, sondern auch im Rathaus laut über die Situation im Grazer Stadtpark nachgedacht. So wurde unter anderem von Vizebürgermeister Walter Ferk die langjährige freiheitliche Idee eines Ordnungsamtes aufgegriffen.

Ich sehe einen dringenden Handlungsbedarf, allerdings nicht nur bei der Polizei, die zu mehr Fußstreifen aufgefordert werden muss, sondern vor allem auch im eigenen Zuständigkeitsbereich. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass die Stadtverwaltung die Polizei insofern unterstützt, als verstärkt Parkwächter eingesetzt werden. Diese könnten mittels Handy schnell und gezielt die Polizei verständigen, könnten verängstigten Parkbesuchern beistehen, könnten auch als Augenzeugen wesentliche Hilfe im weiteren Verfahren bieten.

Es kann und darf nicht so weitergehen, denn der Stadtpark im Herzen der Stadt, der zur Erholung aller Grazerinnen und Grazer dient, dass es eben so weitergeht. Er darf kein Ort des Drogenhandels, kein Ort für Saufgelage, kein Ort zum Ausleben abartigen Verhaltens wie dem Anzünden von Mülleimern, dem Verwüsten von Blumenbeeten sein.

Daher stelle ich die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, im Sinne des obigen Motivberichtes dafür Sorge zu tragen, dass der Grazer Stadtpark wieder ein Ort wird, an dem sich die Grazerinnen und Grazer wohl fühlen, entspannen können, Sport betreiben und ihre Kindern spielen lassen können?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin, das Thema, das Sie hier erneut aufgreifen, dem müssen wir uns verstärkt auch wieder widmen. Auch ich bin des Öfteren im Stadtpark unterwegs und kann all das auch beobachten mit dem Drogendealen und diesen Dingen. Ich selber greife dann auch manchmal zum Handy, aber ich sage eines dazu, organisiert sind sie wunderbar, es weiß auch jeder, dass diese Radlstreifen im Drogenbereich schon gang und gäbe sind. Sobald einer ein Handy zückt, gibt es ein Warnsystem und sie sind einmal für ein paar Minuten wieder weg, das heißt, wir werden entweder zu einer Rundumbetreuung des Stadtparks kommen müssen, vorgestern am Abend bin ich wieder durchgegangen, es ist schon so, dass da wahrscheinlich auch sehr viele Menschen Angst haben, wenn sie durchgehen und das sollte gerade in unserem Stadtpark nicht der Fall sein. Wir werden, verstärkt haben wir es ja schon, die Polizeistreifen gibt es verstärkt, aber wir müssten fast rund um die Uhr da sein, weil es ist immer ein Hase-Igel-Spiel, kaum ist die Polizei wieder weg, sind sie wieder da und wir werden wahrscheinlich zu einer Rundumbetreuung kommen müssen und wir werden uns dieses Themas annehmen. Ich bin ganz bei Ihnen.

Dr. **Sickl**: Ich meine, jetzt bin ich dreimal durch den Stadtpark gefahren und jedes Mal ist der gleiche Ort, wo ich das beobachten konnte, wo gedealt worden ist und da ist die Montclair-Allee beziehungsweise die Josef-Fuchs-Allee, genau bei diesem Platz, genau dort ist das Gleiche passiert und wenn man die Polizei anruft, dann sagt

sie, das wird versteckt ermittelt usw. Nur es ist keiner da, der das Messer anhält, das ist schon klar, aber es ist trotzdem kein Zeichen für Graz, dass man in der Stadt Graz beziehungsweise im Stadtpark, der als Erholungsgebiet dienen soll, dass man eigentlich so ein Unbehagen hat.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ganz, ganz wichtig, bitte nicht mit dem Fahrrad durch den Stadtpark fahren als Gemeinderätin; als Vorbild das Fahrrad durchschieben, aber sonst haben Sie schon Recht, wir müssen auf dem Thema draufbleiben.

GRin. **Jahn**: Ich wollte nur sagen, wir haben ja letztens im Arbeitskreis Sicherheit sehr ausführlich über den Stadtpark gesprochen und ich möchte deine Aussagen schon ein bisschen relativieren. Natürlich gibt es Probleme im Stadtpark, Graz ist eine große Stadt und es verkehren verschiedene Menschen dort und es gibt dort auch Drogendealerei, das wissen wir, auch die Polizei, auch der Herr Polizeidirektor hat gesagt, dass sie eben ihr Möglichstes versuchen und so gut sie können mit den vorhandenen Ressourcen versuchen, die Sache in den Griff zu bekommen. Und ich glaube, man muss da jetzt auch nicht mehr schwarz malen, als die Problematik tatsächlich vorhanden ist. Ich habe nicht den Eindruck, dass da jetzt gar nichts passiert und dass jetzt da Sodom und Gomorrha im Grazer Stadtpark herrscht, das muss man schon ein bisschen relativieren. Ich denke mir, so etwas wie Drogendealen in öffentlichen Parkanlagen, das werden wir nie zu hundert Prozent verhindern können, so traurig das auch ist, aber man muss auch realistisch bleiben, was eine Polizei oder eine Überwachung oder andere Maßnahmen tatsächlich schaffen können und was nicht.